

Gesetzesvorlagen und wesentliche Regierungsentscheidungen sind rechtzeitig schriftlich den Teilnehmern des Runden Tisches zuzuleiten.

5. Zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

Auf der Grundlage der Information zum Entschluß der Regierung der DDR vom 14.12.1989 zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit beschloß der Runde Tisch:

- Annäherung einer Stellungnahme der Regierung zu den in den Papieren "Staatssicherheit und wie weiter?" und "Neues Forum: Zur Regierungsinformation vom 15.12.1989" aufgeworfenen Fragen

- Forderung einer schriftlichen Information durch einen Regierungsvertreter zum 03.01.1990 über Strukturen des MfS und Wirkungsweisen der Kontrollkommissionen zur Auflösung des MfS. Die Weisung vom 14.12.1989 zur Bildung eines Verfassungsschutzes ist bis zum 06.05.1990 auszusetzen. Von der Bildung eines selbständigen Verfassungsschutzes ist Abstand zu nehmen, Konzepte sind öffentlich zu diskutieren.

- Die Baukapazitäten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, sowohl in Eigenbetrieben und Baubilanzen, werden grundsätzlich für die ökologische Sicherheit und das Gesundheitswesen umgesetzt.

- Anfrage an die Regierung, ob die Informationen des Neuen Forums zutreffen, daß am 07.12.1989 die Regierung Hans Modrow die Vernichtung von Unterlagen des ehemaligen MfS anordnete und am 08.12.1989 einen Beschluß zur Sicherung von Gehältern für entlassene Staatsbeamte für die Dauer von 3 Jahren faßte.

- Anfrage an die Regierung, ob Ministerpräsident Modrow diese Entscheidungen allein trug oder ob die Mitglieder des Ministerrates, also auch die Minister der DBD, der LDPD, der NDPD und der CDU die Entscheidung mittrugen.

In seiner Grundlegung, dem Selbstverständnis des Runden Tisches, forderte dieser am 07./08.12.1989 von der Volkskammer und der Regierung, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden. Gleichzeitig forderte er die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserem Land.

Bis heute ist die Regierung Modrow diesen Forderungen nur sehr unvollständig nachgekommen. Es wurden wichtige Entscheidungen ohne vorherige Information gefällt.

Der Runde Tisch bringt hiermit der Regierung seinen Protest zum Ausdruck und erwartet, daß diese den Forderungen des Runden Tisches künftig nachkommt.